

Kreis: Bummert-Beschluss ist rechtswidrig

VERKEHR Stadt muss Entscheidung für Testphase mit Tempo 30 und Warnblinklichtern aufheben

Innerhalb der nächsten drei Monate müssen die Gremien eine andere Lösung präsentieren, wie die Gefahrenlage entschärft werden kann. Der Landkreis sieht keine geeignete Alternative, als Ampeln zu errichten.

VON EDGAR BEHRENDT

LEER - Der Landkreis Leer hat die Stadt angewiesen, einen Beschluss des Verwaltungsausschusses (VA) zur Verkehrsregelung an der Bummert-Kreuzung aufzuheben, weil dieser rechtswidrig ist. Das bestätigte Kreissprecher Dieter Backer der OZ auf Anfrage. Es geht um die Entscheidung, dort probeweise Tempo 30 anzuordnen und zudem gelbe Warnblinklichter anzubringen. Dafür hatte sich der VA im März – dem Vernehmen nach mit einer Mehrheit von sechs zu fünf Stimmen – ausgesprochen. Für den Landkreis ist diese Vorgehensweise aber nicht geeignet, um die Gefahrenlage zu entschärfen.

In dem Schreiben an die Stadt wird das damit begründet, dass die Beschränkung auf Tempo 30 bereits mehrfach ohne Erfolg geprüft worden sei. Im Kreuzungsbereich hätten Messungen ergeben, dass die Durchschnittsgeschwindigkeit ohnehin bei nur 35 Stundenkilometern liege. Die gelben Warnblinklichter sind demnach ebenfalls nicht zielführend. Sie wären nur dann sinnvoll gewesen, wenn die Unfallursache darin bestehen würde, dass Verkehrsteilnehmer die Vorfahrtsschilder



Der Landkreis und auch die Leerer Stadtverwaltung sehen keine andere Möglichkeit, als die Bummert-Kreuzung aus Sicherheitsgründen mit sieben Signalanlagen – insgesamt 14 Ampeln – auszurüsten.

BILD: FRANK OPPERMANN/FOTOJIA.COM

oder die Fußgängerüberwege nicht erkennen können.

Laut Dieter Backer weist der Landkreis die Stadt zudem an, innerhalb der nächsten drei Monate einen erneuten Beschluss zu fassen. Darin sollen „geeignete Maßnahmen“ beschlossen werden, dank derer sich die Verkehrssicherheit verbessern lässt. „Wir schreiben der Stadt nichts vor“, betont der

Pressesprecher. Er sagt aber auch, dass der Landkreis nach wie vor keine Alternative zur Ampellösung sieht.

Genau diese Variante hatte die Leerer Stadtverwaltung dem VA im März auch vorgeschlagen. Es sollte eine außerplanmäßige Ausgabe über 463 000 Euro freigegeben werden, um sieben Signalanlagen – insgesamt 14 Ampeln – im Kreuzungs-

bereich zu installieren. Stattdessen entschied sich die Politik für den Antrag der Gruppe SPD/Linke für Tempo 30 und Warnblinklichter. Bürgermeisterin Beatrix Kuhl (CDU) hielt es seinerzeit – wie berichtet – für rechtswidrig, dass der VA der Empfehlung der Verwaltung nicht gefolgt war.

Der Landkreis hat zahlreiche andere Optionen über-

prüft und kommt zu dem Schluss, dass alle ungeeignet sind – darunter auch eine Teilsignalisierung und ein Kreisverkehr. Gutachter halten eine Kreisel-Lösung vor Schulen und bei einem hohen Querungsbedarf nicht für empfehlenswert, „da Fußgänger und Radfahrer nicht ausreichend sicher durch den Kreisverkehr geführt werden können“, heißt es.